

Stellungnahme der Bürgerinitiative Pöhlwassertal e.V.

zu den geplanten Vorhaben

- Bergwerk der Saxore Bergbau GmbH in Rittersgrün/Tellerhäuser
- Erzbergwerk Pöhla der Saxony Minerals & Exploration AG („SME“)

1. Vorbemerkungen

Beide oben genannten bergbaulichen Vorhaben befinden sich gegenwärtig in laufenden Genehmigungsverfahren und wurden dabei trotz ihrer räumlichen Nähe durch das Sächsische Oberbergamt (OBA) bisher getrennt betrachtet und bewertet. Insbesondere durch Wasserprobleme (Grundwasserabsenkungen, Einleitungen in Kunnersbach / Luchsbach und Pöhlwasser), die Transporte auf der S271, geplante Halden bzw. „Produktdeposits“ sowie eine Beeinträchtigung der touristischen Attraktivität unserer Region können beide Bergwerke erhebliche Auswirkungen haben.

2. Vorgeschichte Rittersgrün

Am 22.06.2023 fand auf Einladung des Breitenbrunner Gemeinderates eine Informationsveranstaltung statt, in deren Rahmen die Saxore Bergbau GmbH aus Freiberg erstmals ihr Konzept zur Errichtung eines Bergwerkes für die Gewinnung von Zinn, Zink, Eisen und Indium in Rittersgrün vorstellte. Die Saxore Bergbau GmbH ist ein Tochterunternehmen der börsennotierten First Tin PLC mit Sitz in London, die sich vorrangig mit der Erschließung und dem Abbau von Zinnvorkommen in Deutschland und Australien beschäftigt. Die Veranstaltung ließ viele Fragen offen und verlief zunehmend emotional. Vor allem die geplante Frequenz der Schwerlasttransporte durch die Ortschaften Rittersgrün, Pöhla, Raschau-Markersbach und Grünstädtel lösten Empörung und Ablehnung aus. Nach entsprechenden Recherchen wurde im Nachgang dieser Veranstaltung deutlich, dass das Sächsische Oberbergamt (OBA) bereits im März 2023 festgelegt hatte, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Errichtung und den Betrieb des Bergwerkes nicht durchzuführen ist. Begründet wurde das vorrangig mit der Nutzung von vermeintlich weniger als 10ha für die obertägigen Betriebsanlagen.

Auf dieser Grundlage wurde ein sogenanntes fakultatives Rahmenbetriebsplanverfahren gestartet. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens können die „Träger öffentlicher Belange“ (z.B. Kommunalvertretungen, Planungsverband) Stellungnahmen beim OBA einreichen. Eine Veröffentlichung der Planunterlagen zur Einsicht für Bürgerinnen und Bürger sowie die Prüfung und Berücksichtigung von deren Einwänden sieht das Verfahren jedoch nicht vor.

Zwischenzeitlich wurde der Planungsstand der Saxore Bergbau GmbH sowohl von der Stadt Schwarzenberg (für die Ortsteile Pöhla und Grünstädtel) als auch von den Gemeinden Breitenbrunn und Raschau-Markersbach in ihren jeweiligen Stellungnahmen abgelehnt.

3. Vorgeschichte Pöhla

In Pöhla führt das OBA bereits seit 2019 ein bergrechtliches Planfeststellungsverfahren durch. Der Antragsteller Saxony Minerals & Exploration AG („SME“) ist ein deutsches Unternehmen mit Sitz in Halsbrücke (Freiberg) und konzentriert sich in Pöhla auf den Abbau von Zinn und Wolfram. Im Gegensatz zum Ablauf in Rittersgrün beinhaltet das dortige Verfahren eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Ein wesentlicher konzeptioneller Unterschied zwischen beiden Vorhaben ist die Planung einer großflächigen Abraumhalde im Luchsachtal.

Im Januar 2020 erfolgte durch das OBA eine Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung des Rahmenbetriebsplanes („RBP“). Im Laufe der in diesem Fall obligatorischen Beteiligung der Öffentlichkeit konnten die Bürgerinnen und Bürger bis zum 14.04.2020 Einwände gegen den Plan einreichen. Davon wurde vor allem von der Einwohnerschaft des Luchsachtals intensiv Gebrauch gemacht. Auf Basis einer überarbeiteten Fassung des Rahmenbetriebsplanes konnten sich die Bürgerinnen und Bürger, die zum

14.04.2020 schriftlich Einwände verfasst hatten, innerhalb des gegenwärtig laufenden sogenannten Anhörungsverfahrens ab dem 12.07.2023 über die Antworten der SME zu ihren Einwänden informieren und mit Frist zum 08.09.2023 erneut Stellung dazu beim OBA beziehen.

Dabei wurde u.a. deutlich, dass das Bewilligungsfeld der SME wesentlich vergrößert wurde. In mehreren Besprechungen - zuletzt am 28.08.2023 - verständigten sich die beteiligten Bürgerinnen und Bürger aus Pöhla auf Schwerpunkte ihrer erneuten Einwände zu nach wie vor ungelösten Problemen. Wesentliche Themen waren dabei:

- die Verkehrs- und Lärmbelastung infolge des Transportkonzeptes der SME durch das Luchsbachtal sowie die Staatsstraße S271 durch Pöhla in Richtung Raschau-Markersbach / Grünstädte
- die Lärmbelastung durch die innerbetrieblichen Abläufe, insbesondere auch durch das bergbaulich notwendige Lüftungsaufkommen
- die generelle Notwendigkeit einer so großflächigen Abraumhalde einschließlich hieraus resultierender Folgerisiken (z.B. Sicherheit der Halde bei Starkregen)
- mögliche Beeinträchtigungen bei der Wasser- und Energieversorgung.

Eine Reaktion von SME bzw. OBA dazu liegt aktuell nicht vor.

Der Ortschaftsrat Pöhla befasste sich am 07.09.23 mit der Stellungnahme der Stadt Schwarzenberg zur Überarbeitung des Rahmenbetriebsplanes.

4. Bergbau im Kontext der „Neuen sächsischen Rohstoffstrategie“

Seit einiger Zeit propagiert die Politik auf europäischer und nationaler Ebene den verstärkten Abbau heimischer Rohstoffe, um angesichts steigender Preise und zunehmender internationaler Spannungen die hohe Abhängigkeit von marktdominanten oder politisch und wirtschaftlich instabilen Ländern zu verringern. Auch der Freistaat Sachsen hat eine neue Rohstoffstrategie zur Förderung des Bergbaus vorgelegt. Begleitend wurde vom sächsischen Wirtschaftsminister Martin Dulig ein künftiger Rohstoffabbau nach „sozial und ökologisch höchsten Standards“ zugesichert. Leider müssen wir feststellen, dass die aktuellen Planungen beider Unternehmen diesem Anspruch nicht gerecht werden.

Wir betonen in dem Zusammenhang, dass wir dem Bergbau in Rittersgrün und Pöhla nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, fordern jedoch, dass die Ankündigungen der Politik vollumfänglich in die Tat umgesetzt werden.

Unverzichtbar für die gesellschaftliche Akzeptanz einer Wiederbelebung des Bergbaus in den betroffenen Regionen ist in diesem Zusammenhang die Schaffung von Rechtsgrundlagen für

- eine Entschädigung für Wertminderungen von Grundstücken und Gebäuden infolge einer unmittelbaren Betroffenheit im Sinne des Bergrechtes
- eine angemessene und vom steuerlichen Gestaltungsspielraum der Bergbauunternehmen unabhängige Beteiligung der betroffenen Kommunen am Verkauf der Rohstoffe (z.B. im Rahmen der durch das Land Sachsen zu erhebenden Förderabgabe)
- Ausgleichsleistungen für Unternehmen oder nebenerwerblich Tätige, deren Geschäftstätigkeit durch den Bergbau eingeschränkt oder unmöglich gemacht wird (Tourismusbranche, Ferienwohnungen).

Investoren aus dem In- und Ausland verbinden mit Ihrem Engagement Gewinnerwartungen, die den Bergbau in der Region jedoch nicht dominieren dürfen. Eine breite Zustimmung in der Bevölkerung wird nur dann gegeben sein, wenn diese nicht einseitig die Nachteile und Lasten einer aus wirtschaftspolitischer Sicht grundsätzlich nachvollziehbaren Neuauflage des heimischen Bergbaus zu tragen hat.

5. Standpunkt zum aktuellen Status der Planungen

Wir fühlen uns dem Schutz der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger, der Sicherung der Lebensqualität sowie dem Erhalt von Natur und Umwelt verpflichtet. In diesem Sinn lassen die derzeitigen Planungen zu beiden Vorhaben viele Fragen offen (z.B. Gefahr von lokalen Einschränkungen der Wasserversorgung durch Grundwasserabsenkung), sind wenig belastbar (z.B. tatsächlicher Umfang der Inanspruchnahme von Naturraum) oder stellen eine unzumutbare Beeinträchtigung und Gefährdung dar (Schwerlasttransporte durch die Ortschaften). Speziell im Bergwerk Rittersgrün besteht darüber hinaus nach

Einschätzung ehemaliger Wismut-Mitarbeiter eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass beim Vortrieb des Grubenbaus vom derzeit geplanten Standort uranhaltige Gesteinsschichten durchquert werden müssen. Die daraus resultierenden Risiken sehen wir nach den aktuell bekannten Aussagen des Bergbau-unternehmens nicht ausreichend berücksichtigt.

Das Konzept der Saxore Bergbau GmbH, die Aufbereitung des abgebauten Gesteins untertage vorzunehmen, die entstehenden Rückstände untertage zu belassen und damit eine großflächige Abraumhalde zu vermeiden, ist grundsätzlich zu begrüßen.

Wenn dieses Verfahren gesichert umsetzbar ist, stellt sich jedoch die Frage, warum es in Rittersgrün, nicht jedoch in Pöhla zur Anwendung kommt, um die dort geplante Abraumhalde mit einer Fläche von nahezu 30ha sowie einer Höhe von 40m zu vermeiden bzw. zu minimieren. Das Wolfram-Bergwerk Mittersill in Österreich zeigt offenbar, dass das möglich ist.

Wir erwarten vom Sächsischen Oberbergamt eine Stellungnahme zu diesem Thema.

Unsere Region hat in den letzten Jahrzehnten einen tiefgreifenden Wandel erlebt, der durch die Beseitigung von Schäden aus dem Altbergbau sowie die Ausrichtung auf Naturschutz und Tourismus geprägt war. Wir können nicht zulassen, dass die unter Einsatz von vielen Millionen Fördermitteln erzielten Fortschritte infrage gestellt werden und dass sich die Geschichte für Folgegenerationen wiederholt. Angesichts der Vielzahl der offenen Probleme lehnen wir die Planungen zu beiden Bergwerken in der derzeitigen Form ab.

6. Transparenz und Bürgerbeteiligung

Wir halten es für ein falsches politisches Signal, dass für ein Vorhaben der Tragweite des Bergwerkes Rittersgrün eine Umweltverträglichkeitsprüfung entfallen soll und dass über ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren eine direkte Beteiligung der Bürgerschaft umgangen wird. Dadurch werden Misstrauen in staatliches Handeln und Politikverdrossenheit weiter vertieft. Ein auf Basis des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes gestellter Antrag auf Einsicht in die, der entsprechenden Verfügung des OBA zugrundeliegenden Unterlagen der Saxore Bergbau GmbH sowie zugehörige Stellungnahmen staatlicher Stellen, wurde vom Sächsischen Oberbergamt abgelehnt.

Dieses Vorgehen muss korrigiert werden! Die Bürgerinnen und Bürger müssen in die Planungen einbezogen werden und das Recht haben, ihre Einwände und Vorbehalte unmittelbar in das Verfahren einzubringen.

7. Wechselwirkung der Bergwerke in Pöhla und Rittersgrün

Wie bereits dargestellt, planen zwei Bergbauunternehmen in Pöhla und Rittersgrün Bergwerke in unmittelbarer Nachbarschaft. In beiden Planungen wurde das jeweils andere Vorhaben bisher offensichtlich weitestgehend ignoriert. Wir fordern die verantwortlichen Behörden auf, dafür Sorge zu tragen, dass Abhängigkeiten und Wechselwirkungen intensiv untersucht und daraus resultierende zusätzliche negative Folgen unter allen Umständen verhindert werden. Davon berührt sind beispielsweise die Auswirkungen der aus beiden Bergwerken einzuleitenden Grubenwässer sowie die Belastung durch die Transporte beider Unternehmen auf der S271.

8. Notwendigkeit der Kooperation beider Bergbauunternehmen

Die wechselseitigen Beziehungen der Bergbauunternehmen SME und Saxore waren bisher stark durch gerichtliche Streitigkeiten geprägt. Wir gehen jedoch davon aus, dass eine konstruktive Zusammenarbeit beider Firmen unerlässlich ist. Aus der Gesamtsicht auf beide Vorhaben müssen Lösungen gefunden werden, die die Schädigung von Natur und Umwelt sowie die Beeinträchtigung der Lebensqualität der Einwohnerschaft ausschließen bzw. auf ein unabdingbares Minimum reduzieren. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Firmen können nicht zu Lasten der Menschen im Umfeld der Bergwerke ausgetragen werden. Insbesondere die Transporte zu und von beiden Bergwerken sowie die Planungen für eine Bahnverladung müssen Gegenstand eines gemeinsamen Konzeptes beider Unternehmen sein. Für den Fall, dass eine solche Zusammenarbeit nicht möglich ist, erwarten wir ein Einschreiten der zuständigen Behörden.

9. Zusammenfassung unserer Forderungen

Aus unserer Einschätzung zu den Konzepten beider Bergbauunternehmen sowie den aktuell laufenden Genehmigungsverfahren ergeben sich folgende Kernforderungen:

- Transparenz und Bürgerbeteiligung müssen in allen Phasen der Planung und Genehmigung beider Vorhaben gewährleistet sein.
- Für das Bergwerk der Saxore Bergbau GmbH in Rittersgrün ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.
- Wechselwirkungen und Abhängigkeiten beider Bergwerke sind zu untersuchen und im Genehmigungsprozess zu berücksichtigen.
- Für die Transporte von und zu beiden Bergwerken muss ein übergreifendes Konzept unter Umgehung der Ortschaften entwickelt und umgesetzt werden.
- Die Haldenkonzepte der jeweiligen Bergbauunternehmen müssen überprüft bzw. plausibilisiert werden. Das Ziel muss in jedem Fall darin bestehen, die erneute Zerstörung unseres Naturraumes durch großflächige Abraumhalden zu vermeiden.
- Der Weiterbetrieb von touristischen und Freizeiteinrichtungen (Besucherbergwerk Zinnkammern, Freibad Rittersgrün) muss uneingeschränkt gesichert werden.
- Der angekündigte „Bergbau nach sozial und ökologisch höchsten Standards“ darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Wir sehen die politisch Verantwortlichen und Behörden auf allen Ebenen in der Pflicht, sämtliche bergbaulichen Konzepte und ihre Folgewirkungen an diesem Anspruch zu messen. Dementsprechend dürfen Wirtschaftlichkeitskriterien und Gewinnerwartungen gegenüber dem bestmöglichen Schutz von Gesundheit und Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger sowie dem Erhalt unserer Umwelt keinen Vorrang haben.
- Durch die Politik müssen die Rechtsgrundlagen für eine Entschädigung bei bergbaubedingten Wertminderungen von Grundstücken und Gebäuden, für die finanzielle Beteiligung von Kommunen am Erlös der Rohstoffe sowie für Ausgleichsleistungen an bergbaugeschädigte Unternehmen und nebenerwerblich Tätige geschaffen werden.

Rittersgrün / Pöhla, 23.11.2023

Bürgerinitiative Pöhlwassertal e.V.